

Zeitschrift: Thurgauer Beiträge zur Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Thurgau
Band: 132 (1995)

Artikel: Johannes Morell (1759-1835) : Regierungsrat und Landamman
Autor: Giger, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-585819>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Johannes Morell (1759–1835) Regierungsrat und Landammann



Der Politiker Johannes Morell führt uns in die Anfangsgeschichte des Kantons Thurgau. Über dreissig Jahre lang hat er in herausragender Stellung das Schicksal des jungen selbständigen Staates mitbestimmt. Zwar ist es manchmal nicht ganz einfach, aus der damaligen politischen Führung den Anteil Morells herauszudestillieren, trotzdem lässt sich am Beispiel seines Lebens Einblick gewinnen in einen wichtigen und ereignisreichen Abschnitt der Thurgauer Geschichte. Damals änderten in kurzen Zeitabständen die politischen Grundlagen mehrmals, ohne dass Morell seinen Einfluss je ganz verloren hätte. Morell gibt auch ein Beispiel dafür, wie der soziale Aufstieg

in einer Übergangs- und Krisenphase möglich ist, namentlich dann, wenn sich ein Staat – wie damals der Thurgau – neu organisieren muss und nicht auf eine gebildete Schicht zurückgreifen kann.

Sekretär im Ancien Régime

Johannes Morell erblickte am 11. März 1759 in Egelshofen, heute Gemeinde Kreuzlingen, das Licht der Welt. Sein Vater Hans Peter Morell (1736–1802) war dort Kupferschmied, die Mutter Anna Margaretha Vetter (1729–1796) stammte aus Stein am Rhein. Johannes war der älteste Sohn; sein jüngerer Bruder Hans Ulrich starb 1793 in Witikon-Zürich, die Schwester Anna Katharina war später in Stein am Rhein verheiratet, zwei weitere Schwestern starben früh. Die reformierte Familie Morell war um 1600 aus Konstanz nach Egelshofen gekommen. In Konstanz ist sie seit der Reformation nachgewiesen; ursprünglich stammte sie wohl aus Savoyen. Viele Mitglieder der Familie wurden Chirurgen, so auch der Grossvater und ein Onkel von Johannes. Mehrere Morells erreichten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine bedeutende Stellung. Ein Johannes Morell war Bürgermeister und Ammann der Vogtei Eggen; ein Hans Heinrich Morell brachte es zum Hauptmann und wurde 1798 zum Generalquartiermeister des Thurgaus befördert.

Bis Johannes 15 Jahre alt war, lebte die Familie in Egelshofen, dann zog sie nach Stein am Rhein, den Heimatort der Mutter. Dort arbeitete der Vater als Handelsmann, und auch von Johannes wird berichtet, dass er für diesen Beruf bestimmt war. Im Jahr 1776 jedoch ging er als Lehrling zu Landschreiber Abraham Morell in Wangen an der Aare. 17 Monate später wurde er mit guten Zeugnissen entlassen und erhielt eine Anstellung bei Landschreiber Johannes von Orelli in Andelfingen. Laut Anstellungsvertrag hatte er von Tagesanbruch bis 6 Uhr abends zu arbeiten und durfte ohne Bewilligung des Patrons die

Kanzlei nicht verlassen. Die Höhe seiner Besoldung wurde für sechs Jahre festgelegt, doch erhielt er bereits nach wenigen Jahren bessere Bedingungen: So durfte er sich beispielsweise jetzt ohne Erlaubnis aus der Kanzlei entfernen, allerdings mit dem Vorbehalt, die versäumte Arbeit nachzuholen.

Im Jahr 1787 erhielt Morell von Landschreiber von Orelli und Landvogt Hans Konrad von Meiss gute Zeugnisse, mit denen er sich auf die Gerichtsschreiberei Altenklingen bewarb. Doch blieb die Bewerbung erfolglos. Hingegen gelang es ihm 1790, in Andelfingen selbst vorwärtszukommen: Der invalide Landschreiber von Orelli bestimmte ihn zu seinem «Kanzleiverwalter» und übergab ihm für eine gewisse Zeit sämtliche Geschäfte. In den nächsten Jahren wurde der entsprechende Vertrag mehrmals verlängert, bei stets besseren Konditionen für Morell. Selbst der neue Landschreiber Johann Jakob Ulrich behielt dieses System bei.

In jener Zeit konnte Morell seine Tätigkeit mit grosser Selbständigkeit regeln. «Seine» Kanzlei Andelfingen genoss einen ausgezeichneten Ruf, was u. a. 1797 den damals 14jährigen Halbwaisen Heinrich Hirzel zu Morell führte, der ihn als Kanzleigehilfen auch herzlich aufnahm. In seinem Lebensrückblick sollte Hirzel dann allerdings die Art Morells, ein vornehmes Wesen zu erkünsteln, ziemlich kritisieren.

Morell verfolgte interessiert die Revolution in Frankreich. Er betätigte sich als Mitbegründer einer Lesegesellschaft in Andelfingen, verbreitete aufklärende Schriften auf der Zürcher Landschaft und war Mitglied einer Freimaurerloge. Seine eigene Bildung verbesserte er dabei ständig. Zudem hielt er Verbindung mit mehreren gebildeten Freunden der Umgebung und mit zürcherischen Magistraten. Er genoss aber auch das Vertrauen der Zürcher Obrigkeit. So wurde ihm während des ersten Koalitionskriegs im August 1796 die schwierige Aufgabe übertragen, das rechtsrheinische, damals zürcherische Gebiet um Dörflingen vor herannahenden Heeren zu schüt-

zen. Dies erledigte er zur vollsten Zufriedenheit der «Gnädigen Herren» in Zürich.

Trotz all dem war Morell klar, dass ihm als Nichtzürcher im staatlichen Dienst keine weitere Beförderung mehr möglich war, und deshalb ergriff er die Chance, als sie sich ihm 1798 im Thurgau bot.

Aufstieg in der Helvetik

1798 ging in der Eidgenossenschaft das Ancien Régime zu Ende. Die Untertanengebiete waren bestrebt, sich selbstständig zu machen. Auch der Thurgau unternahm entsprechende Anstrengungen. In Weinfelden entstand als Vertretung der Thurgauerinnen und Thurgauer das «Comité», welches mit den Eidgenossen und den bald bestimmenden Franzosen schwierige Verhandlungen führte. Schon nach kurzer Zeit zeigte es sich, dass die für dieses Gremium arbeitende Kanzlei überfordert war, weshalb zusätzliche Kräfte gesucht wurden. Zuerst wurde der konservative Joseph Anderwert um Mitarbeit angegangen. Anderwert wollte aber nur sporadisch Kanzleigeschäfte ausführen; viel lieber arbeitete er an der neuen Verfassung mit. Da wandte man sich an Johannes Morell, der sich in Andelfingen einen guten Ruf als Kanzleichef geschaffen hatte. Morell folgte der Einladung, obwohl er – wie Hirzel berichtet – enttäuscht war über ein so geringes Angebot. Anfang April erschien er in Weinfelden und wurde dort als 2. Sekretär des Komitees eingesetzt.

Bereits am 28. April 1798 löste sich das Komitee wieder auf. Denn inzwischen hatte die französische Besatzungsmacht die «eine und unteilbare Helvetische Republik», den zentralistischen Einheitsstaat, eingeführt. Im Thurgau führte nun der Regierungsstatthalter (1798–99 Johann Jakob Gonzenbach, 1800–03 Johann Ulrich Sauter) die Staatsgeschäfte. Eine wichtige Aufgabe kam auch der Verwaltungskammer zu; sie war die oberste Verwaltungsbehörde

des Kantons. In diese Kammer wurden einige frühere Exponenten des Komitees gewählt; ihnen zur Seite stellte man Johannes Morell als Obersekretär.

Die Verwaltungskammer sah sich vor die schwere Aufgabe gestellt, mit dem Statthalter zusammen praktisch aus dem Nichts heraus eine neue Verwaltung aufzubauen. Mit viel Elan ging man an die Arbeit. Doch bereits ein Jahr später, 1799, verschärfte sich die prekäre Situation noch, indem im Gefolge des einmarschierten österreichischen Heeres Reaktionspläne der ehemaligen Thurgauer Gerichtsherren bekannt wurden. Morell reiste mit einer Abordnung zu Erzherzog Karl, um dieser Plänen entgegenzuwirken. Trotzdem übernahm im Thurgau unter Johann Jakob Gonzenbach eine reaktionäre Interimsregierung das Ruder. Nachdem Ende September die Franzosen in der 2. Schlacht bei Zürich gesiegt hatten, mussten die Österreicher die Ostschweiz räumen. Mit ihnen verliess auch der Chef der Interimsregierung das Land. Das Helvetische Direktorium in Bern verlangte die Wiederherstellung der verfassungsmässigen Behörden. Es schickte Johann Tobler als Regierungskommissär in den Thurgau, um zu prüfen, auf welche Leute politisch noch Verlass sei und auf welche nicht. Tobler meldete, dass Regierungsstatthalter Gonzenbach geflohen sei, andere wichtige Beamte zwar zum Teil ebenfalls mit den Konservativen zusammengearbeitet hätten, aber – wie Morell als 1. Sekretär der Verwaltungskammer – im Moment unentbehrlich und deshalb zu bestätigen seien. Dies geschah kurz darauf.

Ende November 1799 begehrte Morell die Entlassung aus seinem Amt, was von den Mitgliedern der Verwaltungskammer mit dem Hinweis auf die anstehenden Neuwahlen und grossen personellen Änderungen aber abgelehnt wurde. Man darf wohl annehmen, dass er sich zu mehr als nur zum Sekretär berufen fühlte und sich «höheren» Aufgaben zuwenden wollte. Im Januar 1800 wurde der bisherige Präsident der Verwaltungskammer, Johann Ulrich

Kesselring sen., in den helvetischen Senat gewählt; die meisten der übrigen Mitglieder der Kammer traten zurück und mussten ersetzt werden. So stellte sich der damals 41jährige Morell zur Verfügung und wurde prompt mit gutem Resultat gewählt und, weil das einzige verbliebene Mitglied den Vorsitz nicht übernehmen wollte, anschliessend sogar zum Präsidenten der Verwaltungskammer ernannt.

Im Rückblick muss man sagen, dass dies für Morell der entscheidende Karrieresprung war. Einerseits spielten dabei sicher glückliche Umstände mit, insbesondere der Mangel an überhaupt wählbaren Personen. Andererseits hatte sich Morell bereits als Sekretär lebhaft an den Sitzungen der Verwaltungskammer beteiligt und sich über den nötigen Sachverständ ausgewiesen. So kam es, dass der bis anhin eher wenig bekannte Morell eines der wichtigsten Ämter erlangte, das der damalige Thurgau vergeben konnte.

Nach der Wahl organisierte Morell sein Büro neu. Er fragte als zusätzlichen 2. Sekretär seinen Schützling Heinrich Hirzel an. Und obwohl Hirzel eben eine gut besoldete Stelle angetreten hatte, folgte er dem Ruf, erhoffte er sich doch bessere Arbeitsbedingungen. Kaum in Frauenfeld, sah er sich jedoch bitter enttäuscht über die Organisation der Kanzlei durch Morell. Er beklagte vor allem die mangelnde Fähigkeit Morells, die Zeit gut einzuteilen. So musste Hirzel in manchen Zusatzstunden mit seinem Vorgesetzten zusammen das Protokoll der Verwaltungskammer aus der Zeit nachschreiben, als Morell noch deren Obersekretär gewesen war.

Sonst wurde Morells Arbeit allgemein geschätzt, sei es seine Tätigkeit für die Verwaltungskammer oder sei es die Ausarbeitung neuer Grundlagen wie z. B. der neuen Staatsverfassung für den Kanton Schaffhausen-Thurgau von 1801. So schrieb der neue Regierungsstatthalter Johann Ulrich Sauter anlässlich von Morells Wahl in die kantonale Tagsatzung im Juli 1801: «Er vereinigt mit erprobter

Rechtschaffenheit ein grosses Mass von Verstand, Erfahrung und Geschicklichkeit.» Und er fügte hinzu: «Ein Dutzend Bürger in unserem Kanton wie dieser Mann – unser Kanton wäre glücklich.»

Morell galt als Unitarier, als Anhänger des Einheitsstaates, und wurde deshalb 1802 als Vertreter des Thurgaus in den helvetischen Senat gewählt. Er lehnte zuerst ab, und auch Sauter wollte ihn nicht gern nach Bern ziehen lassen. Erst als die neue Verfassung im Mai 1802 als angenommen galt – weil die Nichtstimmenden als Annehmende gewertet wurden –, erklärte sich Morell bereit, Anfang Juli in Bern zu erscheinen. Während seiner Abwesenheit führte Vizepräsident Joseph Anton Locher die Geschäfte der Verwaltungskammer.

In Bern arbeitete Morell in der Kommission für innere Angelegenheiten mit. Auch jetzt verfertigte er sorgfältig verschiedene Protokolle und Gesetzesentwürfe. Im September 1802 floh er mit der Regierung vor Aufständischen nach Lausanne. Zwei Monate später leitete er sogar kurzzeitig das Departement des Inneren. Am 5. März 1803 unterzeichnete Morell das letzte Protokoll der helvetischen Regierung mit und kehrte anschliessend nach Frauenfeld zurück.

Führender Politiker während der Mediationszeit

Im Verlauf der unruhigen Zeit des Jahres 1802 wurde dem damaligen starken Mann Europas, Napoleon I., klar, dass der zentralistische Einheitsstaat für die Schweiz nicht tauge. Er brachte es deshalb so weit, dass die Eidgenossen aus seiner Hand die sogenannte Mediationsakte akzeptierten, die ausser Bestimmungen zum «Bund» auch die einzelnen Kantonsverfassungen beinhaltete. Meist bildeten führende Männer der Helvetik die kantonalen Übergangskommissionen, die die anstehenden Wahlen vorzu-

bereiten hatten. In der entsprechenden Thurgauer Regierungskommission sassen neben Sauter u. a. auch Morell und Anderwert. Letzterer musste allerdings von Sauter und Morell zur Übernahme von öffentlichen Aufgaben gedrängt werden, da die neue Ordnung nicht seinen konservativen Gefühlen entsprach. Im April 1803 versammelte sich unter der Leitung Morells der neu gewählte Grosse Rat, der sogleich zur Wahl der neun Mitglieder des Kleinen Rates, also der Regierung, schritt. Im ersten Wahlgang wurden Anderwert, Sauter, Morell und Placidus Rogg gewählt – alles bekannte Leute aus dem öffentlichen Leben der letzten Jahre. Sauter verzichtete unmittelbar nach der Wahl auf sein neues Amt. In späteren Wahlgängen kamen als weitere langjährige Mitglieder u. a. noch Johann Ulrich Hanhart von Steckborn und im Jahr darauf Johann Konrad Freyemuth hinzu. Zum Obersekretär (ab 1806 Staatsschreiber genannt) wurde der erst 19jährige, bereits erwähnte Heinrich Hirzel gewählt, obwohl ausgerechnet Morell, dessen «Ziehvater», zunächst dagegen war.

Der Kleine Rat spielte die wichtigste politische Rolle im Kanton, nicht zuletzt deshalb, weil dessen Mitglieder zugleich dem Grossen Rat angehörten und ihn sogar präsidierten. Die Regierung organisierte sich in Kommissionen, in welchen die eigentliche politische Arbeit geleistet wurde. Johannes Morell gehörte ununterbrochen den beiden wichtigsten an: Mit Hanhart (und einem dritten Mitglied) sass er in der Kommission für Inneres, mit Anderwert und Hanhart in derjenigen für Äusseres. Die Kommission für Inneres war unter anderem zuständig für Schule und Erziehung, Sanität, Erwerbszweige und Aufsicht über administrative Behörden; die Kommission für Äusseres für die Beziehungen zu den anderen Kantonen und zum Ausland. Beide Kommissionen blieben praktisch in der gleichen Besetzung bis zu Morells Tod 1835, dann wurden sie zusammengelegt. Bezeichnenderweise war der Katholik Anderwert nicht

Mitglied der Kommission für Inneres, welche auch für kirchliche Belange zuständig war.

Die Mehrheit im Kleinen Rat war klar nicht-konservativ und reformiert; an der Spitze dieser Gruppe stand unbestritten Morell. Er spielte die Hauptrolle, vor allem gegen aussen und in den formellen Verhandlungen – und dies nicht nur in der Zeit bis 1815, sondern auch in der folgenden Epoche bis 1831. In gewissen Geschäften – Bauwesen, Militär – waren neben ihm auch Freyenmuth und Hirzel (verstärkt seit seiner Wahl in den Kleinen Rat 1822) wichtig. Anderwert sah sich zwar als Katholik und Konservativer klar in die Minderheit versetzt, schaffte es aber trotzdem, neben Morell die bedeutendste Stellung zu erreichen; das war seinen ausserordentlichen Charaktereigenschaften zuzuschreiben. Mit sicherem Gespür für das Machbare und mit zielstrebiger, oft unauffälliger Arbeit setzte er sich für die Belange des neuen Staates Thurgau ein, speziell für die katholische Minderheit.

Von 1803 bis 1835, also über dreissig Jahre lang, arbeiteten Morell und Anderwert gemeinsam in der Regierung. Wohl war ihr Verhältnis zueinander in der Helvetik nicht gerade das beste gewesen, doch verbesserte sich dieses ab 1803 ständig. Johann Kaspar Mörikofer, dessen Biograph, zitiert aus einem Brief Anderwerts: «Ich komme mit ihm gut aus, weil er unter meinen Kollegen unstreitig eines der thätigsten Mitglieder ist und seine Sprache ziemlich geändert hat.» Es gelang Anderwert erstaunlich gut, aus seiner Minderheitsposition heraus gegen den heissblütigen Morell einen Teil seiner Vorstellungen durchzubringen. Dies lag zum einen daran, dass er sachlich und beharrlich argumentierte. Zum anderen liess er Morell in repräsentativen Angelegenheiten stets den Vorrang, was dessen Charakter sehr entgegenkam.

Die Hauptprobleme des damaligen Thurgau waren die fehlende finanzielle Basis und die organisatorischen Unzulänglichkeiten: Die Thurgauer Regierung musste praktisch ohne Grundlagen – und

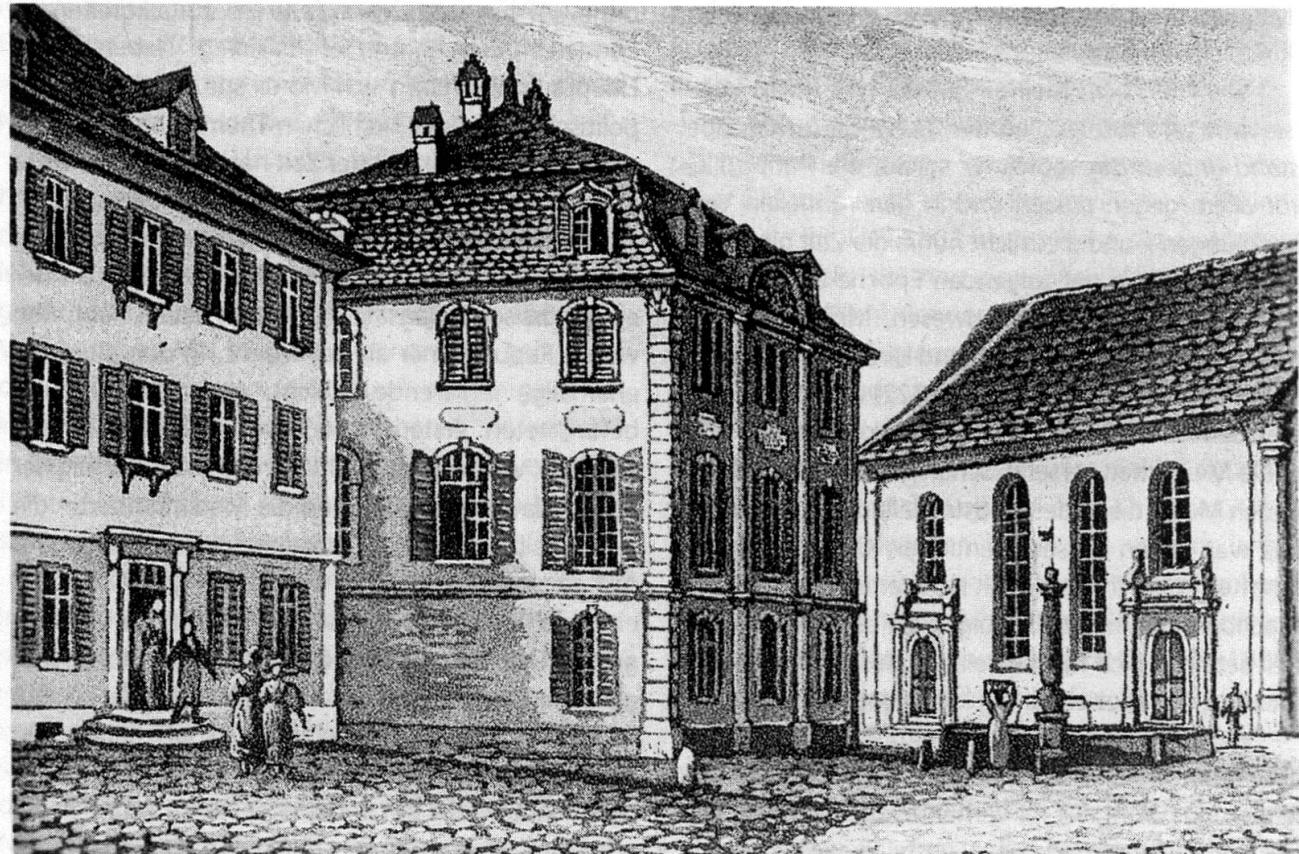
ohne auf ein städtisches Zentrum zurückgreifen zu können – den Kanton organisieren. Neben dieser Hauptaufgabe nahm sich Morell speziell der aussenpolitischen und der kirchlichen Themen an.

«Aussenpolitik» in der Zeit nach 1803 bedeutete in erster Linie Pflege der Beziehungen zu den anderen Kantonen. Morell war in der Mediationszeit praktisch jedes Jahr als thurgauischer Erster Gesandter an der eidgenössischen Tagsatzung. In den neuen Kantonen waren Republikaner an der Macht, in den alten die ehemalige regierende Schicht. Aus diesem Grund befürchteten erstere stets, die alten Verhältnisse könnten wiederhergestellt werden. Als wichtigster Schutz davor erschien ihnen die Mediationsakte, die es deshalb unter allen Umständen zu stützen galt. Auf diese Weise wurden die ehemaligen Anhänger eines Zentralstaates sehr schnell energische Verteidiger der kantonalen Souveränität. Auch Morell reagierte sehr empfindlich, wenn diese in Gefahr schien. So wandte er sich beispielsweise scharf gegen den Antrag Uris, die Tagsatzung solle die Klöster garantieren. Anderwert auf der anderen Seite wagte keine offene Opposition gegen die reformierte Mehrheit, sondern schlug den Klöstern vielmehr vor, ihr Überleben durch eine Erweiterung ihrer Aufgaben zu sichern. Auch beim Problem der kirchlichen Paritätsverhältnisse wandte sich Morell gegen jeden Einfluss von aussen. Wo hingegen die Thurgauer Souveränität unbestritten war, versuchte Morell, kantonale Schranken abzubauen, vor allem im Bereich von Handel und Gewerbe.

Ein wichtiges Ziel, besonders für Anderwert, war die Gewinnung der Stadt Konstanz als Hauptstadt des Thurgaus. Hier arbeiteten Anderwert und Morell durchaus zusammen, obwohl von reformierter Seite erhebliche Vorbehalte gegen die Aufnahme der katholischen Stadt bestanden. Auch die Frauenfelder waren natürlich dagegen, doch gelang der «Handel» dann insbesondere aus internationalen Gründen nicht.

Im Bereich der inneren Verhältnisse wurde der

Von 1803 bis 1868, also bis zum Bezug des Regierungsgebäudes, war die nach dem ersten Stadtbrand 1771 neu erbaute ehemalige Thurgauische Landeskanzlei Sitz der Kantonsregierung. Die Abbildung (1833) zeigt das sogenannte Redinghaus von Landammann Johannes Morells Wohnung, dem Bernerhaus, aus. Rechts im Bild die 1903 abgebrochene alte katholische Kirche.



Staat von Grund auf neu aufgebaut. Federführend waren dabei neben Anderwert und Morell auch Hirzel und Freyenmuth. Hirzel befasste sich intensiv mit den militärischen Angelegenheiten, während sich Freyenmuth vorzugsweise den Finanzen und dem Strassenbau zuwandte. Dem tiefgläubigen Morell lagen besonders die kirchlichen Verhältnisse am Herzen. Von der Kommission für Inneres aus vermochte er eine starke evangelische und eine recht weitgehende allgemeine staatliche Kirchenhoheit durchzusetzen. Die katholische Konfession wurde so in eine gewisse Abhängigkeit des Staates gebracht. Der Evangelische Kleine Rat – das waren die evangelischen Mitglieder der Regierung – führte ein straffes staatskirchliches Regiment, wie es vor 1800 etwa in Zürich üblich gewesen war. Morell war in der evan-

gelischen Kirchenleitung die treibende Kraft, was man schon allein daraus ersieht, dass er von 1807 bis 1835 die Tagesordnung des Evangelischen Kleinen Rates immer selber schrieb.

Morell wohnte während seiner gesamten Regierungszeit in Frauenfeld, meist im Bernerhaus. Selber stets lernbegierig, verbreitete er viele Schriften in den Frauenfelder Lesezirkeln. Von ihm ging auch die Initiative zur Gründung der Kantonsbibliothek aus. Aufgrund der Empfehlung einer Kommission, bestehend aus Morell, Anderwert und Freyenmuth, beschloss der Kleine Rat 1805 deren Einrichtung. Morell selbst stellte einen Schrank für die Bücher zur Verfügung, der aber in seinem Besitz blieb, in seiner Privatwohnung aufgestellt war und mit einer Miete von Fr. 2.– pro Jahr verrechnet wurde! Angeschafft wurden vor-

erst vor allem juristische Werke, die für die Mitglieder des Kleinen Rates und der obersten Gerichtsstellen gedacht waren. Nach dem Tod von Morell ergab die dazumal abgeschlossene Rechnung, dass lange nicht alles von der Regierung bewilligte Geld für den Kauf von Büchern ausgegeben worden war. Die Kantonsbibliothek war also in ihren Anfängen eine reine Verwaltungsbibliothek – und nicht etwa für das Volk gedacht! Dies deckte sich durchaus mit der Ansicht der Regierung, die sich die Bürger als eine Menge unmündiger Kinder vorstelle, die von ihr sicher über die Runden gebracht werden sollte. Zeichen dafür sind auch die Titulaturvorschriften sowie die Amtskleidung (schwarz mit Seidenstickereien), die vom Kleinen Rat kurz nach dessen Konstituierung eingeführt worden waren.

In Frauenfeld entwickelte sich durch die zunehmende Staatstätigkeit eine recht vergnügsfreudige Schicht. Dank ihres Kontakts mit anderen Kantonen und deren gehobeneren Schichten setzten sich Morell und Anderwert auch für eine Verbesserung der Sitten ein. So entstand 1807 in Frauenfeld die Kasino-Gesellschaft, die die «gebildete» von der «gemeinen» Gesellschaft trennen sollte. Die besseren Familien trafen sich nun im Kasino zu Bällen, Soireen und ähnlichen Veranstaltungen.

Noch in seiner Andelfinger Zeit hatte Morell Anna Cleophea Orelli kennengelernt. Die beiden verlobten sich, und die Heirat war bereits geplant, als die Braut 1801 unerwartet starb – ein schwerer Schlag für Morell. 1807 läuteten die Hochzeitsglocken dann doch: Maria Elisabeth Vogler von Frauenfeld und Johannes Morell gaben sich das Jawort. Die 1768 geborene Braut war die sechste Tochter des Kürschners, Stadtrichters und späteren Mitglieds des Grossen Rats Hans Georg Vogler und dessen Frau Anna Maria Müller. Beide Elternteile stammten aus alteingesessenen Frauenfelder Familien. 1808 erhielten die Eheleute ihr einziges Kind, Otto, auf dem alle elterlichen Erwartungen ruhten.

Vom damals führenden Mann Europas, Napoleon, war der Kleine Rat, allen voran Morell, zunächst begeistert. Morell nannte ihn einmal den «Unsterblichen». Man kann das durchaus verstehen, wenn man bedenkt, dass nicht nur der Kanton Thurgau seine Existenz dem französischen Kaiser verdankte, sondern auch Morells Aufstieg an die erste Stelle im Thurgau nur durch die veränderten politischen Verhältnisse möglich geworden war. 1811 wurde in Frauenfeld deshalb mit grossem Pomp, mit Musik und Illumination die Geburt des Erbprinzen, des Königs von Rom, gefeiert. Noch Mitte 1813 war die offizielle Ergebenheit dem französischen Botschafter Talleyrand gegenüber ungebrochen. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres, als der Niedergang Napoleons offensichtlich wurde, wechselten die Gefühle auch gegen aussen sichtbar. Spätestens Ende Jahr, als die Berner Patrizier und andere die früheren Untertanenverhältnisse wieder herstellen wollten, wusste man, dass der Wind gedreht hatte. Zur grossen Erleichterung Morells legten die Kantone aber noch vor Ende 1813 fest, dass die alten Zustände nicht wieder hergestellt würden.

Kein Machtverlust in der Restaurationszeit

Trotzdem verlangte im Frühling des Jahres 1814 ein Teil der alten Kantone nochmals die Wiederherstellung der dreizehnörtigen Eidgenossenschaft. Doch setzten die Grossmächte das System der gleichberechtigten Kantone als Grundlage des Bundes durch. Im Juni machte sich eine vom Grossen Rat eingesetzte Kommission daran, eine neue Thurgauer Verfassung auszuarbeiten. Dabei forderten die Katholiken mehr politisches Gewicht. Die in vielen Ländern zunehmende Restaurationsbewegung führte auch im Thurgauer Volk zu Unruhen. Dem Kleinen Rat wurde Verschwendug vorgeworfen. Besonders stör-

te man sich an den gepolsterten Sesseln der Regierungsmitglieder und an der vierspännigen Kutsche, mit der Morell und die anderen Delegierten jeweils an die Tagsatzung reisten. Unmut verursachten auch die finanziellen Belastungen durch den Strassenbau und die teuren Uniformen, für die die Dienstpflchtigen selbst aufzukommen hatten. Unter dem Druck der Opposition sah sich die Regierung genötigt, eine erweiterte Verfassungskommission einzusetzen und den Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Wünsche und Beschwerden schriftlich anzubringen. Mitte Jahr beruhigten sich dann die politischen Zustände im Innern wieder.

Die neue Thurgauer Verfassung wurde im wesentlichen vom Katholiken Anderwert ausgearbeitet. Er musste dabei grosse Rücksicht auf die konservativen Grossmächte, besonders Österreich und Russland, nehmen. Diese scheutn sich nämlich nicht, direkten Einfluss auf den Entwurf geltend zu machen, was Anderwert und die anderen Regierungsmitglieder freilich als ärgerliche Einmischung empfanden. Nach der neuen Verfassung war die Stellung des Kleinen Rates noch stärker als zuvor, die Gewaltentrennung weniger strikt durchgeführt, der Einfluss der Reichsten durch einen starken Zensus und ein kompliziertes Wahlverfahren erhöht, die Mitwirkung des Volks stark vermindert und das Gewicht des katholischen Bevölkerungssteils wesentlich vergrössert. Die Vorsitzenden des Kleinen und Grossen Rates wechselten sich halbjährlich ab und erhielten den Titel Landammann. Das Volk wurde nach wie vor als politisch nicht mündig angesehen und bedurfte angeblich weiterhin väterlicher Führung. Der Kleine Rat unterwarf auch Kleinigkeiten seiner Kontrolle und bemühte sich zunehmend, seine Tätigkeiten nicht öffentlich bekannt zu machen, sondern als Geheimsache zu behandeln.

Zu Beginn des Jahres 1815 wurden die neuen Behörden gewählt: Dabei ergaben sich praktisch keine personellen Änderungen. Morell und Ander-

wert wurden als Landammänner eingesetzt. Im März traf die Nachricht ein, dass Napoleon in Paris wieder die Macht übernommen habe (Herrschaft der Hundert Tage). Doch diesmal kam keine Begeisterung mehr für den Kaiser auf, im Gegenteil: Morell scheint zeitweise fast in Panik geraten zu sein. In einem der wenigen Briefe, die sich in seinem Nachlass erhalten haben, bemerkt er gegenüber Anderwert: «Wir sind verloren im Krieg und verloren im Frieden, wenn nicht Wunder geschehen.» Er wünschte sich klare Verhältnisse, einen Friedensschluss, der Dauer – und den Thurgauern die Selbständigkeit – versprach. Der erneute Sturz Napoleons wurde daher von Morell mit grosser Freude begrüsst. Im Oktober empfing die Regierung den russischen Zaren Alexander I. mit grossem Aufwand, so wie man es wenige Jahre zuvor mit den Exponenten des napoleonischen Régimes gemacht hatte.

Da der Bundesvertrag von 1815 die Existenz des Thurgaus ebenso garantierte wie vorher die Mediationsakte, achteten die Thurgauer in der Folge peinlich darauf, dessen Bestimmungen einzuhalten. Gleichheit und Einheit waren vorrangige Ziele – gegen aussen, nicht im Innern! Morell wandte sich allen voran wiederum gegen jegliche Ansprüche anderer Kantone oder anderer Staaten an den Thurgau. Auf eigene Initiativen auf Bundesebene verzichtete der Kanton vorläufig. Das Schwergewicht der Politik lag auf dem Weiterausbau des Staates und der Förderung des allgemeinen Wohlstandes. Beispielsweise für die Empfindlichkeit, sobald die Souveränität des Thurgaus in Gefahr geriet, ist die Affäre um die ehemalige Königin von Holland, Hortense. Die Stieftochter und Schwägerin von Kaiser Napoleon I. kaufte 1817 mit Bewilligung des Kleinen Rates das Gut Arenenberg. Dagegen protestierten nicht nur die konservativen Grossmächte, sondern auch die meisten Kantone. Doch der Thurgau bzw. Morell blieb stur, so dass der preussische Gesandte in der Schweiz verärgert meinte, der Landammann tauge

nichts, er habe gegen seinen besseren Kollegen – Anderwert – gesiegt. Ähnlich starrköpfig verhielt sich der Thurgau – und das heisst wiederum vor allem Morell, aber auch Freyenmuth – bei den Zoll- und Handelsproblemen mit den benachbarten deutschen Staaten.

In der Zeit nach 1815 beschäftigte sich Morell aufs neue energisch mit kirchlichen Fragen. Er war ab 1817 Präsident des Evangelischen Administrationsrates, der die Nachfolge des Evangelischen Kirchenrates der Mediationszeit angetreten hatte. Auch stand er wieder an der Spitze des Evangelischen Kleinen Rates. Nach wie vor waren die kirchlichen mit den politischen Aufgaben eng verknüpft. Die wichtigste Person neben Morell war in diesem Bereich Antistes Melchior Sulzberger. Die Bedeutung dieser zwei Personen wird auch an den Titulaturen fassbar, die in der ersten Sitzung des Evangelischen Administrationsrates, wohl auf Antrag Morells, festgelegt wurden: «Hochwürdiger Herr Landammann; hochwürdiger Herr Antistes; hochwürdige, hochgeehrte Herren!» Im Gegensatz zur vorhergehenden Epoche war die katholische Minderheit im Kanton nun nicht mehr einer gewissen Kontrolle durch die Gesamtregierung – und damit durch die reformierte Mehrheit – unterworfen, sondern genoss den Schutz der konservativen europäischen Mächte. Dadurch konnten sich diese eine einflussreiche Stellung sichern. An der Spitze der Thurgauer Katholiken stand weiterhin Joseph Anderwert. Die einflussreiche Position der Katholiken ärgerte manche Evangelischen, besonders Morell. Sie versuchten deshalb, in möglichst allen Bereichen die katholischen und reformierten Behörden selbstständig zu machen. So gab es beispielsweise keine gemeinsame Schul- und Kirchenpolitik mehr.

In jener Zeit bestanden grössere Spannungen zwischen den beiden Kirchen. So vermerkte Freyenmuth 1818 in seinem Tagebuch: «Grosse Intoleranz überall und bei einigen angesehenen Regierungsmitgliedern. Morell kann diese Sache sozusagen nicht

berühren, ohne in Affekt zu gerathen.» Und weiter führt er aus, dass selbst bei einer Hinrichtung nur die reformierte Glocke geläutet, nicht wie sonst üblich beide: «Wirklich ist der Grund hievon in nichts andrem als in der Abneigung gegen die Katholiken.» Nach 1820 wurde das gegenseitige Verhältnis offenbar wieder besser. Für diese recht starken Spannungen muss man wohl auch Morell, der einen starren Orthodoxismus vertrat, mitverantwortlich machen. Diese seine Haltung führte selbst innerhalb der evangelischen Führungsschicht zu Auseinandersetzungen. Manche plädierten für ein freieres Wort, wie der spätere Rektor der Kantonsschule, Johann Ulrich Benker, der recht heftig an Morell geriet. – In der Frage des Bistumsanschlusses hingegen arbeiteten Morell und Anderwert in den 20er Jahren gut zusammen. 1828 schloss sich der Thurgau, der während über tausend Jahren zum Bistum Konstanz gehört hatte, wie der Aargau dem wiedererstandenen Bistum Basel an.

Die bestimmenden Regierungsmitglieder in den zwanziger Jahren waren im wesentlichen die gleichen wie in der Mediation. Gegen aussen trat als Führer meist Morell in Erscheinung, was von den anderen offenbar akzeptiert wurde. Nur Hirzel, der 1822 zum Mitglied des Kleinen Rates aufrückte, focht öfters Konflikte mit Morell aus und beklagte sich später, dass die meisten seiner Kollegen nur «Nachtreter» Morells gewesen seien.

Im Jahre 1820 wurde Morell die Gattin, mit der er in glücklichen Verhältnissen lebte, durch den Tod entrissen. Nun konzentrierte sich sein ganzes Familienstreben auf den einzigen Sohn. Dieser bedeutete ihm alles. Und als Otto zum Jugendlichen herangewachsen war, plante der Vater, ihn zum künftigen Staatsmann heranzubilden – ja vielleicht spielte er gar mit dem Gedanken, dass der Sohn dereinst seine Nachfolge antreten werde. Die Erwartungen in ihn waren auf jeden Fall hoch, und Otto schien sie auch zu erfüllen. Er studierte in Bern und in Deutschland

die Rechte und stand kurz vor dem Abschluss, als der Vater aus heiterem Himmel die Nachricht erhielt, Otto sei am 25. Juni 1829 gestorben. Als offizielle Todesursache wurde Hirnhautentzündung genannt, doch steht im Totenregister von Frauenfeld von anderer Hand: «starb: Duell». Hirzel berichtet, der erschütterte Morell habe, den Brief in den Händen, gerufen: «Du hast ihn mir gegeben und wieder genommen, Dein Name sei gepriesen.»

Der Vater war schwer getroffen, sein Leben schien ohne Inhalt, sinnlos geworden. Fortan lebte er zurückgezogen, besuchte keine Gesellschaft mehr. Die Absender der Kondolenzschreiben zeigen den bis dahin gepflegten Bekanntenkreis Johannes Morells: Exkönigin Hortense, der Zürcher Bürgermeister Usteri, die Freimaurerloge St. Johannes zur Bescheidenheit in Zürich.

Morell in den Regenerationswirren

In den zwanziger Jahren beherrschte der Kleine Rat das politische Geschehen im Kanton vollkommen: Nur er durfte Gesetze vorlegen. Doch mit der Zeit wuchs eine Generation heran, die sich mehr Freiheiten wünschte. 1830 kam es zum Aufstand; an der Spitze der Aufbegehrenden stand der Matzinger Pfarrer Thomas Bornhauser.

Bis Mitte 1830 waren die nach Erneuerung strebenden Leute allerdings noch zu wenig stark. In dieser Situation schrieb Bornhauser zum ersten Jahrestag des Todes von Otto Morell dem Landammann einen Brief, der einige Zeit später in der «Helvetia» veröffentlicht wurde. Der Brief zeigt exemplarisch, wie man glaubte vorgehen zu müssen, wenn man von Morell etwas erhalten wollte. Bornhauser schrieb unter anderem, dass «Sie auf Erden keine Kinder mehr haben, als die 80 000 Einwohner, welche die ewige Vorsehung Ihrer Vatersorge anvertraute». Morell könne sich eine neue Bürgerkrone verdienen,

wenn er die Verfassung ändere und den Einfluss des Volkes verstärke. «[...] wir richten unsere hoffenden Blicke auf den edeln Herrn Landammann Morell. [...] den Sohn nahm der grosse Vater, dessen Fügungen wir anbeten, auch wo wir sie nicht begreifen. Thurgau's Freiheit sei der Marmor, mit dem Sie Ihres Otto's Grab schmücken.» Man sieht: Der Brief war eine Mischung aus offenem Aussprechen der Wünsche, Lobhudelei und ziemlich rücksichtsloser Manipulation von Gefühlen zur Durchsetzung politischer Ziele. Die Reaktion Morells war zwiespältig: Er war nicht bereit, die Verfassung zu ändern, entsprach sie im Grundsatz doch viel zu sehr seinen politischen Idealen. Aber er bekundete Bereitschaft, das Grossratsreglement anzupassen, und beklagte sogar seinerseits eine gewisse «aristokratische Tendenz» der Verfassung sowie die Politik von Freyenmuth und Hirzel.

Kurz darauf geschahen in Paris die Juli-Ereignisse, was den Aufruhr im Thurgau wesentlich beschleunigte. Im Oktober fand in Weinfelden eine stark besuchte öffentliche Kundgebung statt, die eine neue Verfassung und die Wahl eines Verfassungsrates forderte. Der Kleine Rat war im ersten Augenblick völlig konsterniert: Man hatte nie daran gedacht, dass es soweit kommen könnte. Anderwert wollte zuerst die Heilige Allianz um Hilfe anrufen, Hirzel führte vertrauliche Gespräche mit dem Offizierskorps. Morell war tief erschüttert; er hatte auf sein grosses Ansehen gebaut und hielt seine bisherigen Grundsätze für genügend liberal. Doch dann entschloss sich die Regierung, aus realpolitischen Erwägungen nachzugeben: Die anstehende Neuwahl des Grossen Rates nach der bisherigen Verfassung wurde aufgeschoben. Nach weiteren Auseinandersetzungen akzeptierte man auf Regierungsseite ein neues Wahlgesetz. In allgemeinen Wahlen wurde daraufhin ein liberaler Grosser Rat gewählt, der sich sofort daran machte, eine neue Verfassung auszuarbeiten. In der neuen Legislative waren Freyenmuth und Hirzel nicht mehr vertreten, Morell und Anderwert jedoch

schon. An den nun folgenden Verhandlungen zur neuen Verfassung war Anderwert noch teilweise beteiligt, Morell hingegen wurde nicht mehr berücksichtigt. Die wichtigen Verhandlungen wurden in der Verfassungskommission geführt, in der nur wenige Bisherige sassen. Im minder bedeutenden Verfassungsrat unterlag Morell in der Präsidentenwahl Anderwert, doch blieb er Erster Tagsatzungsgesandter für 1831. Man schätzte seine grosse Geschäftserfahrung, ausserdem gab er den Widerstand gegen die Reformprojekte offenbar bald auf.

Mitte des Jahres 1831 wurde der Kleine Rat neu gewählt. Erstaunlicherweise wurden Morell und Anderwert, ja sogar Freyenmuth, ohne weiteres aus der Restaurationszeit übernommen. Hirzel hingegen blieb auf der Strecke, was ihn ausserordentlich kränkte. Die Regierung hatte viele ihrer Kompetenzen verloren; sie war nun völlig vom Grossen Rat abhängig. Hirzel war der Ansicht, Anderwert und Morell seien so tief gesunken, dass sie nun praktisch ehemaligen Gegnern der Regierung die Schleppe tragen müssten; da sie ökonomisch nicht abgesichert seien, bliebe ihnen aber nichts anderes übrig als weiterzumachen.

In diesen Jahren kam ein neuer Volksgeist auf, die Bürger nahmen mehr Anteil an öffentlichen Angelegenheiten, der politische Wettkampf wurde stärker. Demgegenüber scheint es seltsam, dass auch die neue Regierung eine Amtstracht einführte (schwarze Kleidung mit dreieckigem Hut und Degen); immerhin wurden die Titulaturen abgeschafft. Morell stiess sich gemäss Hirzel sehr daran, dass er nun statt Landammann lediglich Präsident genannt wurde und auf seine gepuderte Perücke verzichten musste. Anderwert verhielt sich in den folgenden Jahren sehr geschickt und stieg deshalb in der Achtung aller.

Im Gegensatz zu Anderwert konnte sich Morell nur schlecht in die neuen Verhältnisse schicken. In der Regierung tat er sich kaum noch hervor. In manchen Dingen erfuhr er bewusste Zurücksetzung, und er fühlte sich verkannt. Am liebsten wandte er sich dem

Gedächtnis seiner verstorbenen Angehörigen zu. Seine Zeitgenossen schreiben, dass er dem Tod freudig entgegensah, denn der würde die Wiedervereinigung mit seinem Otto bringen. Anfangs 1835 erkrankte Morell schwer und wurde zunehmend schwächer. Mit Standhaftigkeit habe er die Schmerzen ertragen. Am 22. April 1835 starb er im Amt. Er hinterliess kein nennenswertes Vermögen. Nachfolger wurde sein Neffe, der bisherige Staatsschreiber Johann Peter Mörikofer, den Morell – sehr zum Ärger Freyenmuths – stets protegiert hatte.

Würdigung

Als 1803 der Thurgau als selbständiger Kanton entstand, galt es für die Regierung, eine staatliche Organisation aufzubauen und die Unabhängigkeit zu sichern. Innerhalb dieser Hauptaufgabe kümmerte sich Johannes Morell erfolgreich um die aussenpolitischen und kirchlichen Belange. Mit Joseph Anderwert zusammen war er das Aushängeschild der Thurgauerinnen und Thurgauer, sowohl gegen aussen wie nach innen. Doch ist es nicht ganz einfach, hinter der Glanzseite zu erkennen, wie gross sein Einfluss und seine konkreten konzeptionellen Arbeiten wirklich waren. Tendenziell wird er von der Forschung wohl eher überschätzt – im Gegensatz zu Anderwert, der eher unterschätzt wird und dessen Einfluss hinter den Kulissen mit Sicherheit gross war.

Mehr glücklicher Umstände denn ausserordentlicher Fähigkeiten wegen schaffte Morell den Aufstieg aus einer nur lokal bedeutenden Familie an die Spitze eines, wenn auch nur kleinen, Staatswesens. Sein oft gezeigtes aristokratisches Gehabe und eine gewisse Eitelkeit kann man mit dieser schnellen Karriere erklären. Von den Zeitgenossen wurde immer wieder seine gutmütige und religiöse Gesinnung und sein selbstloser Einsatz für den Kanton gelobt. Manchmal freilich war Morell im politischen Vorgehen gar zu

stürmisch. Doch zeigt sich gerade hier die glückliche Kombination mit Anderwert, den ein klarer Blick für das Machbare auszeichnete und der so als Korrektiv zu Morell wirkte.

So verdienstvoll Morells Einsatz für den jungen Staat Thurgau auch war, so wurde doch seine väterliche, mitunter autoritäre Führung des Staates mit der Zeit nicht mehr akzeptiert. Allzusehr meinte er, sein Einsatz für den Thurgau sei eine Lebensaufgabe, die erst mit dem Tod zu Ende sei. So verpasste er den richtigen Zeitpunkt für den Abgang, verhinderte Neuerungen und verstand schliesslich schlicht die junge Generation nicht mehr – die ihn ihrerseits kaum mehr verstand.



Nachlass

BüA Frauenfeld Thek 103 (1 Schachtel): Akten betreffend Landammann Morell 1798–1826 (offizielle Schreiben an Morell, nur wenig Persönliches).

Quellen

Ungedruckte: KBTG Y 194: Tagebuch von Johann Konrad Freyenmuth.

Gedruckte: *Helvetia. Denkwürdigkeiten für die XXII Freistaaten der schweizerischen Eidgenossenschaft*, Bde. 7–8, Aarau 1832–33; Hirzel, Heinrich: *Rückblick in meine Vergangenheit. Ein Beitrag zur neueren Geschichte des Kantons Thurgau 1803–1850*, in: TB 6 (1865), S. 1–173; *Actensammlung aus der Zeit der Helvetischen Republik (1798–1803)*, bearbeitet von Johannes Strickler und Alfred Rufer, 16 Bde., Bern 1886–1911 und Freiburg/Schweiz 1940–1966.

Nachruf und Literatur

TZ, 23./27.4.1835.

Bandle, Max: *Die Aussenpolitik des Kantons Thurgau in der Mediation 1803–1814*, in: TB 88 (1951), S. 1–142 (zugleich Diss.

phil. I, Zürich 1951); Bötschi, Lisette: *Die Aussenbeziehungen des Kantons Thurgau in der Restauration 1815 bis 1830*, in: TB 104 (1967), S. 5–128 (zugleich Diss. phil. I, Zürich 1967); Fritsche, Kurt: *Staat und Kirche im Thurgau während der Restaurationszeit (1814–1830)*, in: TB 110 (1972), S. 5–144, TB 111 (1973), S. 21–168 (zugleich Diss. phil. I, Zürich 1974); Häberlin-Schaltegger, J[ohann Jakob]: *Geschichte des Kantons Thurgau von 1798–1849*, mit vorzüglicher Berücksichtigung von Staat, Kirche, Schule, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Frauenfeld 1872; [Mörikofer, Johann Peter]: *Lebensabriß des Herrn Landammanns und Regierungsrathspräsidenten Morell*, Frauenfeld 1836 (Thurg. Njbl. 1836); Hungerbühler, Hugo: *Staat und Kirche im Thurgau während Helvetik und Mediation 1798–1814*, in: TB 91 (1955), S. 1–188, TB 92 (1956), S. 1–75, TB 96 (1959), S. 43–311 (zugleich Diss. phil. I, Zürich 1955); Leutenegger, Albert: *Rückblick in die thurgauische Regenerationszeit, 1. Teil*, in: TB 67 (1930), S. 1–217; Mörikofer, J[ohann] C[aspar]: *Landammann Anderwert nach seinem Leben und Wirken. Ein Beitrag zur Geschichte des Kantons Thurgau*, Zürich/Frauenfeld 1842 (Thurg. Njbl. 1842).

Bildquellen

Abb. 1: [Mörikofer, Johann Peter]: *Lebensabriß des Herrn Landammanns und Regierungsrathspräsidenten Morell*, Frauenfeld 1836 (Thurg. Njbl.; 1836), Frontispiz (Stich nach David Sulzers [1784–1868] Gemälde im Grossen Bürgersaal des Rathauses Frauenfeld, 1824).

Abb. 2: Archiv der Amts für Denkmalpflege des Kantons Thurgau, Frauenfeld, Fotosammlung (Neg. Nr. 92.117.26): *Thurgauische Landkanzlei 1833* (sog. Reding-Haus, Zürcherstrasse 180) in Frauenfeld (Aquatinta von Johann Baptist Isenring [1796–1860], erschienen als Randbild des grossen Gruppenstichs über Frauenfeld).

Unterschrift: StATG 8'000'1: *Brief der Verwaltungskammer des Kantons Thurgau an den Statthalter des Distrikts Weinfelden, 14.3.1801*.